

Ich kann daher nur wiederholen: Wo es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll ist, strebt die Landesregierung auch weiterhin eine enge Kooperation mit Berlin an. Hier geht es nicht um Romantik, sondern um realistische beiderseitige Vorteile. Eine Fusion beider Länder - das wissen wir - steht nach wie vor nicht zur Debatte. Wesentlich wichtiger als eine Fusion ist aber - das gilt für alle Länder -, dass jedes Land zunächst einmal seine eigenen Hausaufgaben macht. Dazu gehört es natürlich auch, die Finanzen in Ordnung zu bringen; da steht Brandenburg besser da als viele andere Bundesländer.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel in die Modernisierung unserer Verwaltung investiert. Wir haben dafür Sorge getragen, dass unser Landeshaushalt solide aufgestellt ist; 2014 werden wir erstmals in der Geschichte des Landes Schulden tilgen. Denn wir wissen: In wenigen Jahren werden die Zuweisungen vom Bund und von der EU nicht mehr im jetzigen Ausmaß bzw. überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Zu einer soliden Finanzpolitik gehört auch eine Überprüfung der Strukturen. Wir haben uns genau angeschaut, ob eine Zusammenlegung weiterer Strukturen - viele sind schon zusammengelegt - oder eine noch engere Kooperation einzelner Verwaltungsbereiche mit Berlin sinnvoll und möglich ist. Dafür haben wir sämtliche Aufgaben der obersten Landesbehörden einem Vergleich unterzogen. Wir stellten fest, dass dieses Potenzial für die Region ausgeschöpft ist. Das heißt aber im Umkehrschluss: Wir haben schon sehr viel erreicht. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Alltag frei von Reibungen und Hemmnissen ist - selbst wenn wir das Thema Flughafen einmal außer Acht lassen.

Aber wie ich eben gesagt habe, geht es nicht um Romantik, sondern um größtmögliche Vorteile. Lassen Sie mich fünf Beispiele nennen. Erstens: Unsere gemeinsame Innovationsstrategie von 2011 wird weiterhin erfolgreich umgesetzt. Die fünf Cluster sind im Wesentlichen etabliert; wir bauen gerade ein einheitliches Monitoringsystem auf.

Zweitens: Unsere beiden Wirtschaftsfördergesellschaften haben allein im Jahr 2013 nur im Umfeld des Flughafens Berlin-Brandenburg über 90 Unternehmensansiedlungen bzw. Erweiterungsprojekte auf den Weg gebracht. Dabei wurden über 4 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Drittens: Die Bedeutung des Filmstandortes Berlin-Brandenburg wächst weiter. Die vom Medienboard geförderten Projekte erzielten 2012 einen Wirtschaftseffekt von 343 %, und das heißt: Jeder investierte Euro löst über das Dreifache an Investitionen in der Region aus.

Viertens: Auch beim gemeinsamen Raumordnungskonzept „Energie und Klima“ wurden Fortschritte erzielt. Das Konzept wird dazu beitragen, die Energiepolitik der beiden Länder stärker zu koordinieren.

Fünftens: Die länderübergreifenden Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen entwickeln sich weiterhin sehr dynamisch. So sind beispielsweise Berliner und Brandenburger Einrichtungen gemeinsam an Exzellenzclustern sowie Graduiertenschulen beteiligt. Auf nationaler und internationaler Ebene wird die Hauptstadtregion als leistungsstarker Standort für Forschung und Innovation wahrgenommen.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Fortschrittsbericht macht deutlich, dass das länderübergreifende Denken und Handeln in der Hauptstadtregion gelebte Normalität ist. Ob beim Verkehr oder beim Arbeitsmarkt, bei der Gesundheit oder der Kultur - die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg ist im Vergleich zu anderen Regionen in vielerlei Hinsicht beispielgebend. Sie hat ein Ausmaß, das bundesweit seinesgleichen sucht. Diesen Weg wollen wir im Interesse der Brandenburgerinnen und Brandenburger mit Vernunft und Augenmaß fortführen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Bischoff setzt die Debatte für die SPD fort.

Bischoff (SPD): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gerber hat viele wichtige Punkte angesprochen. Der 6. Fortschrittsbericht, der uns heute zur Debatte vorliegt, nennt eine Reihe von Bereichen, in denen Brandenburg und Berlin hinsichtlich der Kooperation bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen: Gesundheit, Energie, Verkehr, Medien und Wirtschaftsförderung. Aber eines ist mit Sicherheit nicht zu leugnen: Das Klima hinsichtlich der Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg hat sich durchaus verschlechtert. Zunehmend haben auch Einzelinteressen eine Rolle gespielt. Vorläufiger Tiefpunkt dieser Entwicklung - das hatten Sie schon zu Recht gesagt, Herr Gerber - ist die starre Haltung der Berliner Vertreter in puncto Nachtruhe beim BER. Nicht einmal ein Minimalkompromiss konnte mit ihnen erzielt werden.

Berlin und Brandenburg werden gemeinsam wahrgenommen - als eine Region, die zum Beispiel erfolgreich eine ILA gestaltet, den ÖPNV managt und auch bei der Raumordnung klare Ziele benennt und zukünftige Entwicklungen vorherbestimmt.

Ich will meine Rede kurz halten und abschließend sagen: Das Land Berlin-Brandenburg wird wahrgenommen. Wir haben nur gemeinsam als Berlin-Brandenburg eine Chance, auf europäischer Ebene in einer Liga mitzuspielen, die unserer Region angemessen ist. Deshalb ist es trotz gelegentlicher Rückschläge richtig, diese Entwicklungen auf hohem Niveau fortzusetzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Richstein spricht für die CDU-Fraktion.

Frau Richstein (CDU): *

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin leicht irritiert. An Ihnen, Herr Staatssekretär, ist wirklich ein Diplomat verlorengegangen, wenn Sie sagen, die letzte Woche sei „nicht gerade hilfreich für die berlin-brandenburgischen Beziehungen“ gewesen. Wenn Herr Bischoff eben vom „Land Berlin-Brandenburg“ sprach, so ist das fast der Gegenpol. Ich habe eine Fusion bisher noch nicht wahrgenommen.

(Beifall CDU)

Ich wollte meine Rede eigentlich anders beginnen, aber jetzt beginne ich mit dem Fusionsgedanken. Es gibt viele Abgeordnete, die im Jahr 1995, als die Länderfusion zur Abstimmung stand, gern eine Fusion beider Länder gehabt hätten. Ich war damals in der Kabinettsitzung, als Ministerpräsident a. D. Platzeck - er ist bei dieser Debatte leider nicht anwesend - für alle Beteiligten ganz überraschend feststellte: Eine Fusion im zweiten Anlauf wird nichts. - Er begründete es damit, dass es in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig sei. Man hat aber gesagt, dass man gern zusammenarbeiten möchte. Wenn man die Behörden zusammenlege und alle kräftig zusammenarbeiteten, werde es irgendwann automatisch zu einer Fusion kommen. Dann sprach man letztendlich bloß noch von einer Zusammenarbeit, ohne den Fusionsgedanken jemals auszusprechen, und jetzt bin ich erstaunt, zu hören, dass der Staatssekretär sagt: Wir wollen dort zusammenarbeiten, wo es den Menschen nützt, aber auch nur dort. - Ich gehe davon aus bzw. erwarte fast, dass wir bei der Vorlage des nächsten Berichts anfangen darüber zu reden, wo wir wieder entflechten werden.

(Beifall B90/GRÜNE und des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Meine Damen und Herren! Wir werden leider nicht als Berlin-Brandenburg wahrgenommen. Ich glaube, wenn Sie jemanden im Süden Deutschlands oder anderswo auf der Welt fragen, wo ein Flughafen gebaut wird, wird die Antwort lauten: in Berlin - oder auch nicht -, aber definitiv wird die Antwort nicht lauten: in Brandenburg. Bei solchen Negativschlagzeilen muss man aber auch nicht unbedingt ganz vorne dabei sein.

Im Gegensatz zu Teilen meiner Partei bin ich durchaus für eine Fusion, aber so, wie Sie es angehen - auch langfristig -, wird es nichts werden. Da bin ich wiederum einer Meinung mit dem Rest meiner Partei. In einem immer stärker zusammenrückenden Europa wird die Kluft zwischen Berlin und Brandenburg leider immer größer. Dabei haben wir große Aufgaben, die wir gemeinsam lösen sollten. Es ist nicht nur der Flughafen. Schauen wir nur einmal, wie wenig Kooperation es mittlerweile noch im Bereich der Justiz gibt. Wir brauchen eine verbesserte Kooperation bei der Mediziner Ausbildung. Auch die Infrastruktur ist ein länderübergreifender Bereich. Wenn ein Zug aus dem Nordwesten Brandenburgs in den Südosten Brandenburgs durch Berlin fährt, dann muss sich Berlin bitte schön beteiligen und kann nicht sagen: Damit haben wir nichts zu tun.

Aktuell haben wir die Diskussion, dass wir noch immer darum ringen, wer den Vorsitz im Medienrat übernimmt. Ich hoffe, dass die momentan zwischen Berlin und Brandenburg herrschenden atmosphärischen Störungen bald vorübergehen.

In diesem Punkt nutzt mir ein Bericht, der sich auf die Jahre 2012/13 bezieht, leider herzlich wenig, zumal auch darin kein Ausblick enthalten ist. Ich wünsche mir, dass Sie da wieder an den Grünen Tisch kommen. Die letzte Kabinettsitzung war, glaube ich, im Jahre 2012. Es wird sich in diesem Jahr wahrscheinlich nicht mehr verwirklichen lassen, dass man noch einmal zusammenkommt, aber ich hoffe doch, dass wir in Zukunft enger und besser zusammenarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der Linksfraktion fort. Der Abgeordnete Domres spricht.

Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht der Landesregierung zählt vielfältige Ergebnisse einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg auf: von der gemeinsamen Innovationsstrategie über die Regelungen des Schulbesuchs im jeweils anderen Land bis hin zur Organisation des öffentlichen Personenverkehrs.

Es sind nicht nur die immer wieder gern zitierten Dutzenden von Staatsverträgen und Verwaltungsabkommen, die eine intensive Zusammenarbeit belegen. Auch unterhalb dessen gibt es eine umfangreiche Zusammenarbeit von Verwaltungen, Landeseinrichtungen, Hochschulen und auch in anderen Organisationsformen wie beim „Verkehrsverbund Berlin Brandenburg“. Dies gilt es zunächst einmal aus gutem Grund hervorzuheben. Auf der anderen Seite gibt es auch nicht unerhebliche Probleme, und zwar nicht nur in der Frage von mehr Nachruhe am BER; dazu komme ich nachher noch.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 1996 hat unser langjähriger Fraktionsvorsitzender Lothar Bisky gefordert: Die Fusion von Berlin und Brandenburg muss von unten wachsen. - Damit meinte er Folgendes: Die Politik in Berlin und Brandenburg darf sich nicht nur darauf beschränken, der Bevölkerung einen fertigen Vertrag von oben zur Abstimmung vorzusetzen. Die Politik steht vielfach vor der Aufgabe, die Menschen mittels überzeugender Lösungen für Alltagsprobleme für eine Fusion zu gewinnen.

Wenn wir den gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit an diesem Maßstab messen, stellen wir fest, dass noch Etliches zu tun bleibt, vor allem für die Politik. Es greift deshalb zu kurz, wenn in der Einleitung zum Fortschrittsbericht zu lesen ist:

„Das ... in beiden Ländern zu konstatierende nachlassende Interesse an der Berlin-Brandenburg-Thematik ist nicht zu verkennen. Das Fehlen einer auch in der Bevölkerung mehrheitsfähigen weitergehenden Perspektive erschwert es, die spezifischen Interessen der Hauptstadtregion wirksam in die Entscheidungsprozesse einzubringen, und bremst die Dynamik der Kooperation beider Länder.“

Ich frage mich, woran das wohl liegt und wie wir das gemeinsam verändern können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Politik in beiden Ländern muss gemeinsame wie auch unterschiedliche Interessen endlich klar und öffentlich definieren und dann - das ist das Entscheidende - gemeinsam nach einem Interessenausgleich und dementsprechende Lösungen für real existierende Probleme suchen.

Das Beharren auf die einzig richtige, weil eigene Meinung bringt uns gar nichts. Und dann sind wir beim BER, beim Nachtflugverbot und bei den Fragen, wie Brandenburger Interessen durch Berlin bewertet und schlussendlich berücksichtigt werden. Solange die Bürgerinnen und Bürger genau diesen